

Donnerstag, 4. Oktober 2001

11. fordert, dass auf dem Vorplatz des Europäischen Parlaments in Brüssel ähnlich wie auf dem Trocadero-Platz in Paris und auf dem Vorplatz des Europarates in Straßburg, des Reichstags in Berlin, der Lateran-Basilika des Hl. Johannes in Rom und der UNO in New York eine Platte zum Gedenken an die Opfer der Armut eingelassen wird;
12. fordert die europäischen Institutionen auf, klar zum Ausdruck zu bringen, dass sie eine enge Partnerschaft mit den im Bereich der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung tätigen Vereinigungen unterstützen;
13. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, der Plattform der europäischen NRO im sozialen Bereich, dem Europäischen Netzwerk gegen Armut (EAPN), den Sekretariaten der IAO, der UNLDC, der AKP-Staaten, der UNICEF, der UNCTAD und des Welternährungsprogramms zu übermitteln.

16. Menschenrechte: Menschenrechtsverletzungen in Vietnam

B5-0620, 0628, 0636, 0646 und 0658/2001

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Freiheit in Vietnam

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen vom 19. Januar 1995 ⁽¹⁾, 15. Mai 1997 ⁽²⁾, 16. Juli 1998 ⁽³⁾ und 16. November 2000 ⁽⁴⁾ zur Lage in Vietnam,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 5. Juli 2001 zur Religionsfreiheit in Vietnam ⁽⁵⁾,
- A. in der Erwägung, dass Vietnam Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte ist,
 - B. in der Erwägung, dass die Achtung der Menschenrechte und der Grundsätze der Demokratie ein wesentliches Element des Kooperationsabkommens von 1995 zwischen der Europäischen Union und Vietnam ist,
 - C. in der Erwägung, dass Berichten von Amnesty International zufolge auch nach der Revision des Strafgesetzbuches vom Dezember 1999/Januar 2000 noch immer auf 29 Straftaten, angefangen von der Gefährdung der nationalen Sicherheit bis hin zu Wirtschaftsdelikten, die Todesstrafe steht und dass es im Jahr 2000 nach offiziellen Angaben 112 Todesurteile und zwölf Hinrichtungen gegeben hat, während die tatsächlichen Zahlen vieler höher sein dürften,
 - D. in der Erwägung, dass nach wie vor Dutzende, wenn nicht gar Hunderte von politischen Gefangenen und mutmaßlichen politischen Gefangenen wegen ihrer politischen Überzeugung und ihrer Religionszugehörigkeit in Haft sind, und dass viele von ihnen, wie bekannt oder anzunehmen ist, schon älter und bei schlechter Gesundheit sind; in der Erwägung, dass sich unter ihnen Professor Nguyen Dinh Huy, der Gründer und Vorsitzende der Bewegung zur Einigung des Volkes und zum Aufbau der Demokratie befindet, der weiterhin im Gefangenenlager Z30A in der Provinz Dong Nai festgehalten wird,
 - E. in der Erwägung, dass Human Rights Watch im September 2001 über die seit langem umfangreichsten und systematischsten Bemühungen zur Einschüchterung vietnamesischer Dissidenten berichtet hat: am 5. und 6. September 2001 wurden mindestens 15 Dissidenten festgenommen und verhört, darunter Pham Que Duong, Hoang Tien, Hoang Minh Chinh, Nguyen Vu Binh und Duong Hung; außerdem befinden sich seit dem 6. September 2001 Tran Van Khue und Nguyen Thanh Giang, zumindest vorübergehend, in Haft,
 - F. unter Hinweis auf die Verfolgung von Unternehmern und ausländischen Investoren, insbesondere den Fall eines niederländischen Staatsbürgers, Binh Vinh Trinh,

⁽¹⁾ ABl. C 43 vom 20.2.1995, S. 86.

⁽²⁾ ABl. C 167 vom 2.6.1997, S. 154.

⁽³⁾ ABl. C 292 vom 21.9.1998, S. 162.

⁽⁴⁾ ABl. C 223 vom 8.8.2001, S. 337.

⁽⁵⁾ Angenommene Texte Punkt 18.

Donnerstag, 4. Oktober 2001

- G. in der Erwägung, dass der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung auf seiner Tagung im August 2001 auf Misshandlungen von Minderheitengruppen und Angehörigen der Urbevölkerung, nämlich der im zentralen Hochland Südvietnams lebenden Montagnards, hingewiesen hat,
- H. in der Erwägung, dass 14 Angehörige dieser ethnischen Minderheit wegen der Veranstaltung von Demonstrationen, bei denen sich in der Provinz Dak Lak Tausende von Menschen versammelten, verurteilt worden sind,
- I. in der Erwägung, dass die Menschenrechtsorganisationen von der Regierung nach wie vor keine Antwort auf ihre Schreiben zu den Menschenrechtsverletzungen erhalten, und in der Erwägung, dass eine interne Überwachung der Menschenrechte nicht zulässig ist und unabhängigen Menschenrechtsbeobachtern kein Zugang gewährt wurde,
- J. in der Erwägung, dass „Meinungsdelikte“ noch immer unter Strafe gestellt sind,
- K. in der Erwägung, dass für ausländische Journalisten offiziell die Auflage gilt, für Reisen außerhalb der Hauptstadt eine vorherige Genehmigung einzuholen und telefonische oder persönliche Interviews von vietnamesischen Staatsbürgern vier Tage im Voraus beim Außenministerium zu beantragen,
1. weist die vietnamesischen Behörden erneut darauf hin, dass die Meinungs- und Pressefreiheit eine notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung Vietnams ist;
 2. wiederholt seine Forderung, dass die vietnamesischen Behörden die Religionsfreiheit achten und konkrete Schritte zur Verwirklichung der Vereinigungsfreiheit und der Freiheit der Religionsausübung unternehmen;
 3. fordert die vietnamesischen Behörden eindringlich auf, das Verwaltungshaftdekret 31/CP, wonach Dissidenten bis zu zwei Jahre ohne Gerichtsverfahren in Haft gehalten werden können, aufzuheben;
 4. fordert die vietnamesischen Behörden auf, unabhängige Presseorgane zuzulassen und eine interne Überwachung der Menschenrechte zu ermöglichen sowie unabhängigen internationalen Menschenrechtsbeobachtern Zugang zu gewähren;
 5. erinnert die vietnamesischen Behörden daran, dass eine funktionierende demokratische Gesellschaft eine aktive Zivilgesellschaft voraussetzt;
 6. erinnert daran, dass der Schutz des privaten Eigentums und die Rechtssicherheit für eine erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit unerlässlich sind und dass Korruption, fragwürdige Rechtsverfahren und Fälle wie der von Binh Vinh Trinh den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt behindern und ausländische Investoren abschrecken;
 7. fordert alle ausländischen Geber auf, gegen die Festnahmen vom September 2001 zu protestieren, und fordert die vietnamesischen Behörden eindringlich auf, den Weg der Reformen weiter zu beschreiten;
 8. fordert die Kommission und den Rat sowie alle Mitgliedstaaten auf, sowohl bilateral als auch multilateral alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die vollständige Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte für die zur vietnamesischen Urbevölkerung zählenden Montagnards sicherzustellen;
 9. fordert die vietnamesischen Behörden auf, Gesetze zur Abschaffung der Todesstrafe auszuarbeiten und das zweite Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, das auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe abzielt, zu ratifizieren;
 10. fordert die vietnamesischen Behörden auf, dafür zu sorgen, dass bis zur formellen Abschaffung der Todesstrafe ein Moratorium für Hinrichtungen erlassen wird und alle bestehenden Todesstrafen umgewandelt werden;
 11. fordert die Botschafter der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union in Vietnam auf, die Entwicklungen in diesem Zusammenhang genauestens zu verfolgen und ihm im Rahmen der Beziehungen zwischen Rat, Kommission und Parlament Bericht zu erstatten;
 12. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und der Regierung und dem Parlament Vietnams zu übermitteln.